



Dass sich junge Leute politisch schon früh engagieren, sich für konkrete politische Ziele einsetzen, ist im Sinne unserer Demokratie eine sehr gute Entwicklung.

Junge Menschen sollen weiterhin ab 18 Jahren den Bundestag wählen dürfen. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt, dass Wahlrecht und Volljährigkeit miteinander verknüpft sind. Das Wahlrecht ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine staatsbürgerliche Verantwortung. Es wäre daher widersprüchlich, wenn jemand wählen dürfte, der noch nicht voll geschäftsfähig oder voll strafmündig ist.



Junge Menschen sind Profis in Fragen ihrer Zukunft! Unser Anspruch ist daher eine Politik, die nicht über ihre Köpfe hinweg diskutiert und entscheidet. Wir wollen echte Beteiligung ermöglichen.

Jugendliche zeigen an vielen Stellen, dass sie politisch denken und für ihre Interessen zu handeln bereit sind. Daher wollen wir auch das Wahlalter auf 16 Jahre absenken.



Um möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlalterabsenkung schmieden zu können, wollen wir das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer.



Wir sind für die Absenkung des Wahlalters für alle Parlamente auf EU-, Bundes- und Landesebene und den Kommunalparlamenten auf 14 Jahre.

## Ab welchem Alter sollen junge Menschen künftig den Bundestag wählen dürfen?



Wir Freie Demokraten wollen jungen Menschen eine Stimme geben. Denn wir fordern das Wahlrecht ab 16 für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament.

Die Folgen politischer Entscheidungen werden vor allem die jungen und künftigen Generationen tragen – sei es bei der Renten-, Finanz-, Klima- oder Digitalpolitik. Wir wollen verhindern, dass Fehlentscheidungen von heute junge Menschen vor vollendete Tatsachen von morgen stellen. Stattdessen wollen wir junge Menschen in Entscheidungen einbinden.



Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 lehnt die AfD ab. Aus gutem Grund sind junge Menschen vor dem 18. Lebensjahr von den meisten bürgerlichen Pflichten befreit.

Zudem sind sie beschränkt geschäftsfähig. Dementsprechend sollten sie auch das vornehmste Recht eines Bürgers, das Wahlrecht, erst dann erhalten, wenn sie diese Pflichten gegenüber der Gemeinschaft erfüllen müssen.

Es darf keine Rechte ohne Pflichten geben.

